

Erneut Negativschlagzeilen im Innenministerium

Etwas mehr als 100 Tage ist Thüringens neuer Innenminister Scherer im Amt. Die Pannenserie seiner Vorgänger setzt sich fort. Das jetzt bekannt gewordene Ausmaß der „Überstundenaffäre“ zeigt, dass er die Probleme im Innenministerium nicht in Griff bekommt.

Von „einer Gefahr für die innere Sicherheit des Landes“ sprach SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie in einem Interview der Zeitschrift „Spiegel“. Die Struktur der Polizei sei durch Althaus' Politik im Chaos ver-

sunken, so Matschie mit Verweis auf die schier unendliche Pannenserie, die mit der jüngsten Affäre im Innenministerium einen neuen Höhepunkt gefunden habe. Matschie: „Althaus hat abgewirtschaftet.“

Ähnlich scharfe Worte fand SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel für die Innenpolitik der CDU-Landesregierung. Dem Land Thüringen soll durch die rechtswidrige Anordnung und Abrechnung von Mehrarbeit ein Schaden von mehr als 2,5 Millionen Euro entstanden sein. Medien berichteten beispielsweise, dass allein ein Personenschützer des Ministerpräsidenten 30 000 Euro für geleistete Überstunden erhalten haben soll.

Damit nicht genug: Medienberichten zufolge sollen im Thüringer Innenministerium über Jahre hinweg Akten verschwunden sein, die im Zusammenhang mit der



SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel (rechts) sucht stets das Gespräch mit Thüringens Polizisten - hier bei einem Besuch der Polizeiinspektion in Meiningen.

Überstundenaffäre sowie Sonderermittlungen im Ministerium stehen. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden ohne Erfolg eingestellt, weil belastendes Aktenmaterial, das als Beweis dienen sollte, auf mysteriöse Art und Weise verschwand. Heiko Gentzel ist empört: „Es kann nicht sein, dass der einfache Bürger für jede Kleinigkeit belangt wird, Teile des Innenministeriums sich aber so verhalten, als bewegten sie sich im rechtsfreien Raum.“

Auf Grund der Brisanz und der Komplexität des Beratungsgegenstandes hatte die SPD-Fraktion sofort nach Bekanntwerden der Affäre eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt.

Erst Mitte August hatte Gentzel aus Protest gegen die ungenügende Informationspolitik der Landesregierung die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) verlassen.

ZUKUNFTSKONFERENZ THÜRINGEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor wenigen Tagen hat die erste von insgesamt drei Zukunftskonferenzen der SPD-Fraktion stattgefunden. Ich danke Euch, dass Ihr so zahlreich nach Erfurt gekommen seid.



Wir wollen Thüringen fit für die Zukunft machen und möchten deshalb demnächst zwei weitere für Thüringen besonders wichtige Schwerpunkte diskutieren: die großen Themen Wirtschaft und gute Arbeit sowie Senioren- und Gesundheitspolitik.

Sicher ist Euch das Logo auf dem Rückantwortbogen der Einladung aufgefallen - ein Mann mit Schaufel, der gerade dabei ist, seine Schippe aufzuladen. „Wir arbeiten für Thüringen“, steht dabei. Ein passender Slogan, der unser Selbstverständnis als Thüringer Sozialdemokraten treffend beschreibt, meine ich. Jeder von uns engagiert sich für den Freistaat: an seinem Arbeitsplatz, im Verein, Zuhause und natürlich in der Partei.

Ich freue mich, wenn Ihr auch am 20. November und am 4. Dezember nach Erfurt kommt. Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, was wir in Thüringen besser machen können. An der Zukunft Thüringens zu bauen, ist ganzen Einsatz wert!

Lasst uns also gemeinsam noch eine Schippe nachlegen - wie der Mann mit der Schaufel.

CHRISTOPH MATSCHIE

LANDTAGSWAHL AM 30. AUGUST 2009

Matschie kritisiert Landtagswahltermin

Den von der CDU-Landesregierung festgelegten Termin für die Landtagswahl am 30. August 2009 kritisiert Christoph Matschie. Da am 27. September der Bundestag gewählt und am 7. Juni über die Kommunal- und Europaparlamente abgestimmt wird, müssten die Thüringer insgesamt drei Mal in kurzer Zeit wählen gehen.

Matschie wirft Ministerpräsident Althaus vor, sich aus Parteitaktik für die bürgerunfreundlichste und teuerste Variante entschieden zu haben. Der Sommertermin für die Landtagswahl liege am Ende der Ferienzeit, viele Menschen seien noch im Urlaub. Durch die beiden Wahltermine würden zudem zusätzliche Kosten von rund einer Million Euro anfallen.

Die SPD hatte mehrfach die Zusammenlegung von Wahlen gefordert.

UNTERSTÜTZUNG FÜR MIETERBUND

Investitionen zur Energie-Einsparung

Anlässlich der Forderung des Deutschen Mieterbunds, die staatliche Förderung von Energiespar-Investitionen massiv zu erhöhen, wiederholte der SPD-Abgeordnete Dr. Hartmut Schubert seine Forderung nach einem Investitionsprogramm „Energieeffizienz Plus“ auf Landesebene. Das Programm „Energieeffizienz Plus“ ist Bestandteil des so genannten 100-Millionen-Euro-Pakets für das Jahr 2009, das die SPD-Fraktion auf ihrer Klausur Anfang Juli beschlossen hatte. Damit sollen Steuermehreinnahmen des Landes sinnvoll als „Entwicklungsschub“ für Thüringen eingesetzt werden, so die Vorstellung der SPD-Fraktion.

Die SPD-Fraktion will für das Programm „Energieeffizienz Plus“ im Rahmen eines Nachtragshaushalts 30 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Mit diesem Programm soll es auch Haushalten mit geringem Einkommen ermöglicht werden, vorhandene Bundesprogramme zu nutzen. Viele Bürger seien schon in der Vergangenheit wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen, notwendige Investitionen in Energieeinsparungen zu leisten.

GEMEINDE- UND STÄDTEBUND KLAGT GEGEN KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH

Fraktion unterstützt Kommunen

Die Entscheidung des Thüringer Städte- und Gemeindebundes, gegen die jetzige Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs Verfassungsklage einzulegen, begrüßt SPD-Chef Christoph Matschie. „Ich setze darauf, dass das Verfassungsgericht im Sinne der Kommunen entscheidet und ihnen eine angemessene Finanzausstattung zugesteht“, sagt Matschie. Die jetzige Berechnungsmethode der Landesregierung sei alles andere als transparent und fair und bringe die Städte und Gemeinden mittelfristig an den Rand der finanziellen Handlungsfähigkeit. Zwar stünden den Kommunen für die Jahre 2008 und 2009 noch Gelder aus der so genannten „Spitzabrechnung“ zur Verfügung, sodass die negativen Folgen aus der Umstellung des Finanzausgleiches vorerst ausgeglichen würden. „Aber ab 2010 schlagen die Kürzungen mit voller Wucht auf die Kommunen durch“, so Matschie. Dann fallen nicht nur die den Kommunen zusätzlich zustehenden Gelder für die Spitzabrechnung der Jahre 2006 und

2007 ersatzlos weg. Zudem greift eine neue Finanzausgleichsregelung, wonach alle steuerlichen Mehreinnahmen der Kommunen in den Jahren 2008 und 2009 den kommunalen Finanzbedarf für die Jahre 2010 und 2011 reduzieren. Steuermehreinnahmen des Landes kommen dagegen nur noch zu einem äußerst geringen Anteil der kommunalen Familie zugute. Nötig sei jetzt eine rasche Entscheidung durch das Gericht.

„Die CDU-Landesregierung hat leichtfertig eine wichtige Chance für einen Konsens mit den Thüringer Kommunen vertan, indem sie das von der SPD-Fraktion 2005 erwirkte Verfassungsgerichtsurteil zur Regelung des Kommunalen Finanzausgleichs unterlaufen und bewusst fehlinterpretiert hat“, kritisiert der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Der Versuch der Landesregierung, den eigenen Haushalt auf Kosten der Kommunen und damit der Bürger zu sanieren, ist mit der Klage hoffentlich zum Scheitern verurteilt“, so Matschie.

Firma Brandt will wettbewerbsfähig bleiben: Neue Produktionslinie geplant



Um die Produktion von Mini-Zwieback zu verdoppeln, plant die Firma Brandt in Ohrdruf die Einrichtung einer neuen Produktionslinie. Das erfuhren Wirtschaftspolitiker der SPD-Fraktion in der Sommerpause bei einem Besuch des traditionsreichen Unternehmens. Die Firma Brandt, der größte Zwiebackhersteller Deutschlands, wurde 1912 von Carl

Brandt in Hagen/Westfalen gegründet und beschäftigt weltweit über 1.800 Mitarbeiter.

In Ohrdruf, wohin die Produktion 2002 trotz teils erheblicher Proteste verlagert wurde, arbeiten 180 Frauen und Männer. Brandt hofft, mit der neuen Produktionslinie seine Marktführerschaft festigen zu können.

VERANSTALTUNG DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Gute Arbeit für alle



SPD-Politikerin Andrea Nahles will, dass langzeitarbeitslose Menschen optimal gefördert werden. Hier ist sie im Gespräch mit Christoph Matschie (Mitte) und Max-Volker Dähne von der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit.

Erfolgreiche Förderung langzeitarbeitsloser Menschen geht nur in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, so das Fazit nach einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion mit Andrea Nahles.

„Gute Arbeit. Langzeitarbeitslosigkeit wirksam abbauen – Optimal fördern statt Kompetenzgerangel“ lautete das Motto der Veranstaltung, zu der die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Thüringer Arbeitsloseninitiative und dem DGB-Landesverband eingeladen hatte. Prominenteste Rednerin war die SPD-Bundespolitikerin Andrea Nahles.

Das Prinzip „alle Leistungen aus einer Hand“ werde bei der Gesetzesnovellierung garantiert, so ein Fazit bei der Veranstaltung. Ausdrücklich begrüßt wurde der Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, dass Bund und Länder auch künftig gemeinsam für die Jobcenter zuständig sein sollen. Noch vor Weihnachten werde ein abgestimmter Vorschlag zur Änderung des entsprechenden Gesetzes vorliegen, kündigte SPD-Bundespolitikerin Andrea Nahles an. Ziel sei es, für die Förderung langzeitarbeitsloser Menschen die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen gesetzlich zu verankern und bei der Novellierung zu berücksichtigen.

Nahles kritisierte, dass die Thüringer Landesregierung ihre Verantwortung in der Arbeitsmarktpolitik seit Jahren von sich weise. Sie überlasse Kommunen und langzeitarbeitslose Menschen ihrem Schicksal - Bundesmittel zur aktiven Arbeitsmarktförderung würden verfallen. Prominentestes Beispiel dafür sei der so genannte Kommunalkombi. Wegen der fehlenden Landesförderung seien von rund 3000 möglichen zusätzlichen Arbeitsplätzen für langzeitarbeitslose Menschen in Thüringen bisher nur 16 bewilligt worden.

ZENTRALE FORDERUNGEN

- **Arbeitsförderungsinstrumente sollen flexibler werden**, die individuelle Förderung muss im Vordergrund stehen. Anstelle zentraler Vorgaben muss vor Ort an den Bedürfnissen des Einzelnen orientiert Förderung möglich sein.
- **Einmalige Leistungen für Kinder** (z.B. Einschulungsbeihilfe) sollen ausgeweitet werden.
- **Die Rechte der Leistungsempfänger sollen gestärkt werden** - z.B. durch Beratung und durch einen Ausbau der Mitbestimmung bei den Begleitgremien (Beiräten etc).
- **Nicht jeder Job ist zumutbar**. Zumutbarkeit setzt u.a. einen Mindestlohn voraus, von dem die Menschen leben können.

SPD-UMFRAGE

Lieber Kita-Platz als Erziehungsgeld

Vor dem Hintergrund einer Umfrage zum Thema Erziehungsgeld erneuert die SPD-Fraktion ihre Kritik an der so genannten Familienoffensive der CDU-Landesregierung. Müssten sie wählen, dann würden sich 83,5 Prozent aller in der Umfrage befragten Personen nicht für das Landeserziehungsgeld, sondern für die Garantie auf einen Kindergartenplatz ab dem 2. Lebensjahr entscheiden. Das geht aus einer von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Umfrage hervor. „Dieses klare Ergebnis zeigt, dass die CDU-Politik in die falsche Richtung führt“, kommentierte Christoph Matschie das Ergebnis der Umfrage. Die SPD-Fraktion hatte zudem gefragt, ob zusätzliches Geld für die Abschaffung von Kindergartengebühren oder aber die Ausbildung des Personals verwendet werden soll. Immerhin 54 Prozent aller Befragten wollen eine bessere Ausbildung - bei Eltern mit Kindergartenkindern betrug dieser Anteil sogar 72,3 Prozent.

SOLIDARPAKT II

Pidde hofft auf Ende von Neiddebatte

Die korrekte Verwendung der Solidarpaktmittel in Thüringen im Jahr 2007 begrüßt Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde. „Das ist ein gutes Zeichen in Richtung alte Bundesländer“, sagt Pidde mit Verweis darauf, dass es in der Mehrzahl der neuen Bundesländer erstmals eine korrekte Verwendung dieser vom Bund gezahlten Mittel für den Abbau teilungsbedingter Sonderlasten gebe. „Damit enden hoffentlich auch die Neiddebatten um die Zukunft des Solidarpaktes II“, hofft Pidde. Wenn Thüringen nicht dauerhaft am Tropf des Westens hängen wolle, dann brauche es jeden einzelnen Euro der bis 2019 festgeschriebenen Summe. Pidde betont aber auch, dass das gute Abschneiden des Freistaates Thüringen nur durch die gute Konjunkturlage in Deutschland möglich geworden sei. Die kräftig sprudelnden Steuereinnahmen und erhebliche Mehreinnahmen beim Länderfinanzausgleich seien eine Folge davon.

WISSENSCHAFTLER ZU GAST BEI GESPRÄCHSREIHE „BILDUNG 21“

Erde kann Menschen ernähren

Der prominente Biologe und Ernährungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Hahlbrock war Gastreferent bei der letzten Veranstaltung der Reihe „Bildung im neuen Jahrhundert“. „Die unsichere Zukunft der menschlichen Ernährung“ lautete das Thema von Hahlbrocks Vortrag.

Hahlbrock ist neben seiner Funktion als Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft auch Mitglied

der deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle.

Hahlbrock betonte, wie wichtig die Verantwortung jedes Einzelnen für begrenzte



Abgeordnete Dagmar Becker (links) und Fraktionsmitarbeiterin Sysann Bausewein im Gespräch mit Prof. Hahlbrock.

te Ressourcen wie Nahrungsmittel und Rohstoffe sei. Eine kontroverse Debatte entspannt sich um das Thema „Anwendung der Gentechnik“.

Bildungsmonitor: Thüringen bietet Schülern wenige Chancen

SCHULREFORM FÜR LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN NÖTIG

„Keinen Grund zum Feiern“ sieht Hans-Jürgen Döring im Abschneiden Thüringens bei dem von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft veröffentlichten „Bildungsmonitor 2008“.



Hans-Jürgen Döring

Zwar habe Thüringen im Bundesländervergleich dort einen dritten Platz belegt und komme zu überdurchschnittlichen Bewertungen bei den Bildungsausgaben und beim Schüler-Lehrer-Verhältnis. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion verweist darauf, dass die Studie gleichzeitig aber auch das zu hohe Durchschnittsalter der Thüringer Lehrerschaft und die fehlende Berufschancen für Nachwuchspädagogen beklage. „Der Bildungsmonitor bewertet diese Fakten zu recht als Beleg für die unzureichende Effizienz des Mitteleinsatzes im Bildungsbereich“, sagt Döring. Hier komme Thüringen im Ländervergleich lediglich auf Platz 13.

Der „Bildungsmonitor“ mache zudem er-

neut klar, dass es mit der sozialen Gerechtigkeit des Thüringer Schulwesens nicht weit her sei. Beim Punkt „Bildungschancen“ belege der Freistaat daher bloß den elften Platz. „Internationale und nationale Vergleichsstudien zeigen uns immer wieder, dass das gegliederte Schulsystem weder leistungsfähig genug noch sozial gerecht ist“, sagt Döring. Hier gelte es endlich die notwendigen bildungspolitischen Konsequenzen zu ziehen. Der SPD-Bildungsexperte spricht sich deshalb erneut für längeres gemeinsames Lernen bis einschließlich Klasse 8 aus.

Mit ihrem Konzept der Thüringer Gemeinschaftsschule habe die SPD-Fraktion einen realistischen Weg zu dieser Reform der Schulstrukturen aufgezeigt. „Das werden wir nach dem Wahlsieg 2009 so auch umsetzen“, kündigt Döring an. Weiteren Reformbedarf sieht er bei der Berufsausbildung des Kita-Personals. Bei diesem Punkt kommt Thüringen im „Bildungsmonitor 2008“ lediglich auf den letzten Platz. „Was wir brauchen, ist endlich eine Fachhochschul-Ausbildung für die Erzieherinnen“, sagt Döring.

Gedenken an Opfer der Euthanasie

Mit einem Kranz, den sie an einem Mahnmal auf dem Klinikgelände niederlegte, gedachte Dagmar Künast gemeinsam mit anderen Landtagsabgeordneten Anfang September in der Asklepios-Klinik in Stadtroda der Menschen, die der Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus in der Klinik zum Opfer fielen.

Künast hatte die Asklepios-Klinik als Mitglied der Strafvollzugskommission im Thüringer Landtag besucht. Die Kommission besichtigte unter anderem den Neubau der Klinik für die Forensische Psychiatrie.

OECD-BILDUNGSBERICHT

Kultusministerium trickst bei Auswertung

Eine dreiste Manipulation von Daten des jüngsten OECD-Bildungsberichts wirft Hochschulpolitiker David Eckardt dem Thüringer Kultusministerium vor.

Presseäußerungen, in denen Kultusminister Müller „Spitzenplätze“ des Hochschulstandorts Thüringen verkündet hatte, stünden im Widerspruch zu dem vorliegenden offiziellen Bericht „Internationale Bildungsindikatoren 2008“. Anders als von Kultusminister Müller suggeriert, schneide Thüringen beispielsweise außerordentlich schlecht im Bundesvergleich bei den Absolventen jener Studiengänge ab, von denen technische Innovationen ausgehen. „Unter Berücksichtigung aller naturwissenschaftlich, mathematisch und technisch orientierten Studienfächer verwandelt sich Thüringens angebliche Spitzenposition in einen weit abgeschlagenen Platz 14“, sagt Eckardt.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 17.09.08

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!